

Europawahl 2009 – keine Stimme an CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Faschisten!

Am Sonntag, den 7. Juni, sind europaweit die Wählerinnen und Wähler zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgerufen. Auch wenn in Deutschland noch keine wirkliche Wahlkampfstimmung aufgekommen ist, rufen insbesondere die inhaltsleeren bzw. demagogischen Plakate und Wahlkampfspots der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD entnervtes Kopfschütteln, Spott und die Frage hervor, warum eine solch plumpe Desinformation noch aus Steuergeldern finanziert werden muss.

Krampfhaft bemühen sich die bürgerlichen Parlamentsparteien einschließlich der „Opposition“ aus FDP und Grünen um eine Aufwertung der Europawahl, die schon bisher in Deutschland den Minus-Rekord bei der Beteiligung an bundesweiten Wahlen hält. Weit weniger als die Hälfte beteiligten sich beim letzten Wahlgang 2004 (43%), die ungültigen Stimmen lagen mit 2,8% überdurchschnittlich hoch. Völlig zu Recht hat die breite Masse der Wahlberechtigten den Eindruck, dass das EU-Parlament nichts als ein pseudo-demokratisches Feigenblatt für die Unterordnung der EU-Länder unter die Interessen der größten Konzerne darstellt.

Keine Stimme den Parteien des EU-Imperialismus!

Den Lissabon-Vertrag beurteilte die MLPD schon im Oktober

2007, kurz nach seiner Verabschiedung, als die Verfassung des Europas der Monopole. *„Der Kern ist der koordinierte Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte, der Ausbau eines europaweiten Überwachungs- und Polizeiapparates, die drastische Einschränkung des Asyl- und Einwanderungsrechtes und der Ausbau einer gemeinsamen Außen-, Militär- und Weltraumpolitik.“* Die Brüsseler Bürokratie tut das Ihre dazu, mit unsinnigen Vorschriften und Gesetzgebungsinitiativen wie über den Krümmungswinkel von Bananen oder das Verbot der Bezeichnung „Äpfelwoi“ (Apfelwein) Skepsis und Misstrauen zu wecken.

Als internationalistische Partei fördert die MLPD den europaweiten (und welt-) weiten Zusammenschluss der Arbeiterklasse, der Frauen- und Jugendbewegung sowie der revolutionären Parteien in ihren gemeinsamen und berechtigten Kämpfen, auch und gerade gegen die EU-Politik wie z. B. der Hafendarbeiter gegen die Port Package II-Gesetze oder zahlreicher Gewerkschaften gegen die Bolkestein-Richtlinie. Sie tritt für die grundsätzliche Alternative des echten Sozialismus ein.

Kriegseinsätze
würden SPD/Grüne
wählen



Die MLPD ruft dazu auf, keine Stimme an die Parteien zu verschenken, die den reaktionären Lissabon-Vertrag unterstützen, mit dem die Integration der imperialistischen EU als einem aufstrebenden Hauptkonkurrenten gegenüber den USA, Russland oder China forciert wird.

Keine Stimmen den Neofaschisten und Ultra-Reaktionären!

Angestachelt und ermutigt durch die klare Position der Bundesregierung gegen jeden neuen Anlauf für ein NPD-Verbotsfahren kandidieren auch zahlreiche ultrareaktionäre und faschistische Organisationen. Hierzu zählen die faschistische DVU, Republikaner und „Ab jetzt Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung“ sowie die ebenfalls reaktionären Gruppen BÜSO (Bürgerrechtsbewegung Solidarität), Bayernpartei und religiö-



Leninisten in Frage kommen. So tritt bei der Partei **DIE LINKE** zwar zunehmend ihr staatstragender Charakter hervor und sie hat das sozialistische Ziel fast vollständig aus ihren Wahlprogrammen gestrichen. Sie

kleinbürgerliche Protestparteien, die vor allem in bestimmten politischen Fragen in der sozialen Bewegung und themenbezogenen Bündnissen zum Teil eine positive Rolle spielen. So beteiligt sich die bürgerlich-wertkonservative **ÖDP** an zahlreichen Initiativen der Umweltbewegung und kritisiert klar den Verrat der Grünen an ihren ökologischen Idealen. Einige ihrer Vertreter arbeiten mit unter anderem mit MLPD-Mitgliedern in der Bürgerbewegung für Kryorecycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz zusammen. Die **Feministische Partei – Die Frauen** beteiligt sich punktuell auch an der kämpferischen Frauenbewegung und vertritt wichtige Forderungen gegen geschlechterspezifische Unterdrückung und in der Frage der Gleichstellung von Mann und Frau. Vor allem in Bayern hat die **Piratenpartei** bisher schon eine aktive Rolle bei demokratischen Kämpfen gegen die Einschränkung des Versammlungsgesetz und im Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparates und die reaktionäre Innenpolitik von Wolfgang Schäuble gespielt. Nicht zuletzt vertritt die Gruppe **„FÜR VOLKSENTSCHEIDE“**² einige wichtige demokratische Forderungen.

se Fanatiker wie Christliche Mitte, Partei bibeltreuer Christen und AUF (Christen für Deutschland)¹.

Auch in die freien Wähler haben sich an verschiedenen Orten ultrareaktionäre Kräfte wie aus der ehemaligen Schill-Partei in Norddeutschland eingeschlichen.

Was tun bei der Europawahl?

Da die MLPD sich auf die Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl im September konzentriert und in verschiedenen Orten auch Mitglieder der MLPD im Rahmen von Wahlbündnissen zu Kommunalwahlen kandidieren, steht in Deutschland keine revolutionäre, sozialistische Alternative auf dem Wahlzettel.

Es gibt einige Kandidaturen, die für die Stimmabgabe fortschrittlicher Menschen und Marxisten-

lehnt aber dennoch den Lissabon-Vertrag und wesentliche Bestandteile der imperialistischen EU-Politik ab. Auch die **DKP** vertritt klare Positionen gegen den EU-Imperialismus und in ver-



schiedensten Forderungen der Arbeiterbewegung. Während sie auf Bundesebene bisher jede Zusammenarbeit mit der MLPD ablehnt und vor allem für die Verweigerung einer kritischen Aufarbeitung des Verrats am Sozialismus in der DDR bekannt ist, gibt es mit ihren Mitgliedern ört-

lich vielfach auch eine positive Zusammenarbeit in verschiedensten Kämpfen und Bewegungen. Ähnliches gilt auch für verschiedene

Wer sich für keine dieser Gruppen entscheiden kann, dem bleibt statt der Wahlenthaltung die Möglichkeit der ungültigen Stimmabgabe.

Unabhängig von der Wahl ist es entscheidend, die sozialistische Alternative MLPD zu stärken.

¹ Die AUF (Christen für Deutschland) haben übrigens überhaupt nichts mit den zahlreichen überparteilichen Kommunalwahlbündnissen mit dem Kürzel AUF für „Alternativ, unabhängig, fortschrittlich“ zu tun.

² Achtung: Nicht verwechseln mit der faschistisch durchgesetzten „Ab jetzt ... für VOLKSABSTIMMUNG“

Rote Fahne
Wochenzeitung der MLPD

Wochenzeitung der MLPD

- Einzelexemplar 1,50 €
- Probeabo vier Wochen kostenlos

Abo mit folgender Zahlungsweise:

- 50,00 Euro jährlich
- 50 + Euro Förderabo (z. B. + 25 oder + 50 Euro, frei festzulegen, u. a. zur Finanzierung der Sozialabos)

Sozialtarif für Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene

- 28,50 Euro Jahresabo Sozialtarif
- 15,00 Euro Halbjahresabo Sozialtarif
- 8,50 Euro Vierteljahresabo Sozialtarif

Bitte mit Absender einsenden an: Verlag Neuer Weg Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen, Tel.: 0201 25915 • Web-Shop: www.neuerweg.de
Eine Abbestellung soll vier Wochen vor Ende des Zahlungszeitraums erfolgen.